

West Sahara-Zeitung

Keine Lösung für Afrikas letzte Kolonie in Sicht

Nach 30 Jahren Besatzungszeit geben die Menschen nicht auf, ihr Selbstbestimmungsrecht einzufordern. – Der Westen unterstützt »das Recht des Stärkeren« und verhindert »die Stärke des Rechts«. – Der ungelöste Westsaharakonflikt blockiert eine nachhaltige Entwicklung im Maghreb.

Der Konflikt – vom »Grünen Marsch« bis zum Waffenstillstand

Am Donnerstag, dem 6. November 1975 flimmern Bilder armselig bekleideter Menschen – zumeist Männer – über die Fernsehschirme: Zehntausende der Ärmsten der Armen im Königreich Marokko überqueren auf Geheiß ihres Königs die Grenze zur Westsahara. Sie schwingen Koranbücher, schwenken marokkanische Nationalflaggen. An den Gürteln tragen sie grüne Bänder in der heiligen Farbe des Islam und rufen: »Spanien raus! Die Sahara gehört uns! Es lebe der König!«

Und der lässt es sich gut gehen: Für drei Tage hat er mit diesem »Grünen Marsch« seine Untertanen doch äußerst medienwirksam für sein »großmarokkanisches Reich« vor der Weltöffentlichkeit demonstrieren lassen und gleichzeitig von all den vorherigen Geheimabspra-

chen und Geschäften mit der alten spanischen Kolonialmacht ablenken können.

Seit dem 17. Oktober liegt der faschistische Diktator General Franco im Sterben. Seine Amtsgeschäfte werden vom jungen Kronprinzen Juan Carlos geführt. Zwar besteht auch hohe Bereitschaft innerhalb der spanischen Armee, die Kolonie notfalls mit Waffengewalt zu verteidigen, aber hinter verschlossenen Türen wird der Ausverkauf der Kolonie längst ausgehandelt – nicht zuletzt auf Grund erheblichen Drucks seitens der USA und Frankreichs. Ergebnis ist »das dreiseitige Abkommen von Madrid«, worin Spanien die Verwaltung seiner Saharakolonie an die Nachbarstaaten Marokko und Mauretanien überträgt. Erst drei Jahre später werden geschäftliche Details dieses Abkommens bekannt: So

darf Spanien u.a. für weitere 12 Jahre mit 800 Schiffen die marokkanischen und sahraischen Gewässer abfischen und behält 35% an den mineralischen Rohstoffen des Landes – so auch an der Phosphatmine von BuCraa.

Bei diesen »Geschäften« wurde die UNO übergangen und die sahraische Bevölkerung um das ihnen völkerrechtlich zustehende Selbstbestimmungsrecht betrogen. Auch die eindeutige Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes vom 16. Oktober 1975, wonach territoriale Ansprüche sowohl Marokkos als auch Mauretaniens eindeutig zu rückgewiesen wurden, ficht die Akteure nicht an: Die Entkolonialisierung der Westsahara ist damit verhindert.

Wesentliche Paten dieses »Geschäfts« waren und sind



Frankreich und die USA: Für Frankreich ist das marokkanische Königshaus unverändert der wichtigste Verbündete für die Durchsetzung seiner Interessen im gesamten frankophonen Afrika. Für die USA wäre eine unabhängige Westsahara – Kolonie gleichbedeutend mit dem Zugang Algeriens zum Atlantik und – der Logik des Kalten Krieges folgend – somit einem sowjetischen Marinehafen, was es mit allen Mitteln zu verhindern galt.

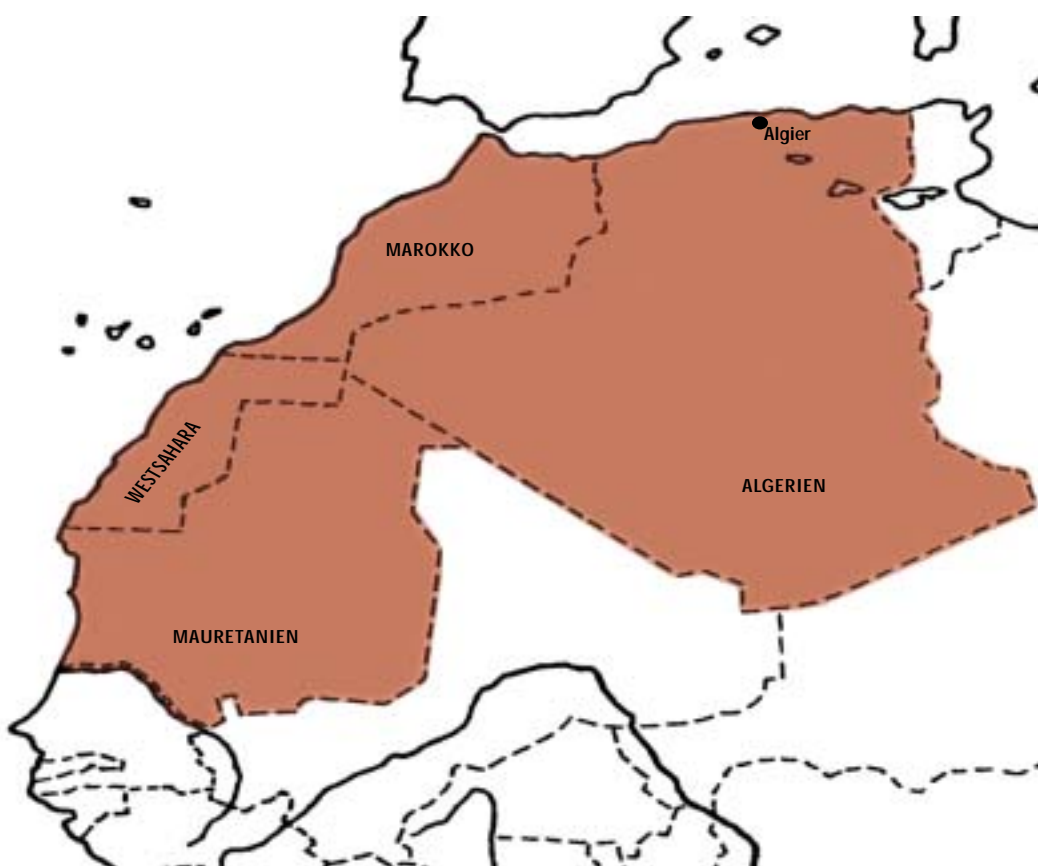
Glanzvoller Sieger dieses Coups ist zweifelsohne Hassan II, der König von Marokko. Sein Interesse an der Sahara war aber zunächst weder wirtschaftlicher noch politischer Art, sondern vor allem sein letzter Rettungsanker im Kampf ums eigene Überleben: Das Königreich war politisch äußerst instabil, seine Armee putschte in den frühen 70-er Jahren mehrfach gegen ihn – zweimal ist er dabei wie durch Wunder seiner Ermordung entkommen. Mit der »Heim-

holung der Sahara« konnte Hassan zum einen das Wasser von den Mühlen der erstarkenden nationalistisch-expansionistischen Kräfte im eigenen Lande umlenken; mit der Entsendung der Armee in die Wüste diese fernab des Serails beschäftigen und weitere Putschgelüste bis zu seinem Krebstod 1999 verhindern.

Aber das Kriegsglück blieb dem Fürsten nicht hold: Die Widerstandskraft der sahraischen Guerilleros wurde hoffnungslos unterschätzt. So gelang es der Frente Polisario Stück für Stück besetztes Gebiet militärisch wieder zurückzuerobern (s. auch »Chronologie einer gescheiterten Dekolonisation«, S. IV). Der Wüstenkrieg belastete den marokkanischen Haushalt nach Schätzungen mit bis zu 1,9 Milliarden US-\$ pro Jahr. Und wieder griffen Frankreich und die USA dem glücklosen Kriegsfürsten unter die Arme: Durch modernste Waffensysteme und durch die Errichtung

von militärisch gesicherter Wallanlagen gelang es den Besatzern, erst die Bewegungsfreiheit der Guerilleros so einzuschränken, dass sowohl die Ausbeutung mineralischer Rohstoffe als auch ein Besiedlungsprogramm umgesetzt werden konnten. Aber auch dies ist teuer, noch immer werden die reinen Besatzungskosten heute auf 1 Million US-\$ pro Tag geschätzt!

Von Anfang an bleibt der UNO allenfalls eine Nebenrolle zugedacht. Erst als die Besatzungs- und Kriegskosten Marokko an den Rand seiner Zahlungsunfähigkeit bringen und vollends in wirtschaftliche Chaos zu stürzen drohen, wird ein UN-Friedensplan akzeptiert – das war 1991: Das Referendum, das den Sahrauis für 1992 hierin versprochen wurde, hat bis heute nicht stattgefunden – wieder wurden sie um ihr Selbstbestimmungsrecht betrogen.



Warum diese Zeitung?

In unserer konfliktreichen Welt drohen lang anhaltende Konflikte in Vergessenheit zu geraten. Dem entgegen zu wirken ist eines der Ziele unserer Westsahara-Zeitungen. Sie sind in unseren Informationsdienst »Stärke des Rechts« eingebunden (s. Impressum) und erscheinen mindestens jährlich in dieser Form.

Das marokkanische Besatzerregime macht sich erneut schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen vor allem in der Sahara-Kolonie schuldig und versucht, diese vor der Weltöffentlichkeit zu vertuschen, indem es keine unabhängige Beobachtung und Berichterstattung zulässt. Leider sind Menschenrechtsverletzungen kein Spezifikum dieses Konfliktes, sondern werden in fast allen Staaten dieser Welt begangen. Mit den Westsahara-Zeitungen wollen wir die Besonderheiten dieses Konfliktes herausarbeiten. Deshalb werden wir nicht müde, wieder und wieder zu betonen, dass es sich hier um einen klassischen Kolonialkonflikt handelt, wobei den kolonisierten Menschen ihr Selbstbestimmungsrecht nach wie vor verweigert wird.

Es war sicher kein Zufall, dass sowohl der Beginn des MINURSO-Prozesses – MINURSO steht für Misión de las Naciones Unidas para el Referendo en el Sáhara Occidental (Mission der Vereinten Nationen für die Durchführung eines Referendums in der Westsahara) – als auch der 1. Weltgipfel der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung Anfang der 90-er in die Zeit des Zusammenbruchs des Ostblocks fielen: Mit der Auflösung der »bipolaren Welt« sollte nun eine »neue Weltordnung« die großen Probleme der Menschheit – zunehmende Umweltzerstörung und bittere Armut – endgültig aus der Welt schaffen; und selbst die Probleme der Vergangenheit – die Kolonisierung der Menschen und fortgesetzte Verweigerung ihres Selbstbestimmungsrechtes – sollten nun im Sinne des Völkerrechts einer gerechten und dauerhaften Lösung zugeführt werden.

Aus all dem wurde nichts: Selbst mehrfach definierte Umwelt- und Entwicklungsziele wurden nicht erreicht; die Sahrauis, die traditionellen nomadischen BewohnerInnen der Westsahara, wurden bis heute um ihr Selbstbestimmungsrecht betrogen. Dabei geht es längst nicht nur um die betroffenen Menschen, die aus ihren Erfahrungen den »westlichen Werten« von Demokratie und Menschenrechten nichts mehr abgewinnen können, sondern auch um die nachhaltige Beschädigung des Völkerrechts und seiner internationalen Institutionen – allen voran die Vereinten Nationen – und den Ausschluss des Maghrebs von einer nachhaltigen Entwicklung.

Auf diese Zusammenhänge immer wieder hinzuweisen, die Verantwortlichen für die Weiterführung dieses Kolonialkonflikts zu benennen und eine auf die Menschenrechte, das Völkerrecht, die Erhaltung biologischer und kultureller Vielfalt basierende nachhaltige Entwicklung einzufordern, ist Ziel unserer politischen Arbeit und Ausdruck unserer Solidarität mit den direkt betroffenen Menschen.



Die Rolle der UNO

Am 13. Oktober 2005 legte der Generalsekretär der Vereinten Nationen erneut seinen Bericht über die Lage in der Westsahara bzw. den Zustand der MINURSO, der Mission der Vereinten Nationen zur Durchführung eines Referendums in der Westsahara, dem Weltsicherheitsrat vor. Wenn man auf diese nach Palästina und Zypern mittlerweile längste Mission der Vereinten Nationen zurückblickt, könnte man die Aufführung eines Stückes aus dem absurden Theater vermuten. Bereits mit Beginn dieser Mission blockierte Marokko die vollständige Personalstärke der MINURSO, schränkte deren Bewegungsfreiheit ein, ging vor den Augen der Blauhelme mit brutaler Gewalt gegen Zivilisten vor, führte entgegen dem Völkerrecht verwaltungsrechtliche Veränderungen sowie Kommunalwahlen in der besetzten Kolonie durch, chaotisierte die ursprünglichen Listen von Abstimmungsberechtigten durch die Meldung Tausender marokkanischer StaatsbürgerInnen, verlegte weiterhin vor den Augen der internationalen Militärbeobachter Minen etc.

Dass Marokko dabei immer wieder gegen Resolutionen des Weltsicherheitsrates verstieß, störte diesen nicht sonderlich – im Gegenteil: Marokko konnte fest auf die Unterstützung vor allem seitens Frankreich vertrauen, das stets die Resolutionstexte zu Gunsten Marokkos verwässerte und Ideen, Marokko wegen seiner ständigen Obstruktionen mit Sanktionen zu belegen, erst gar nicht aufkommen ließ.

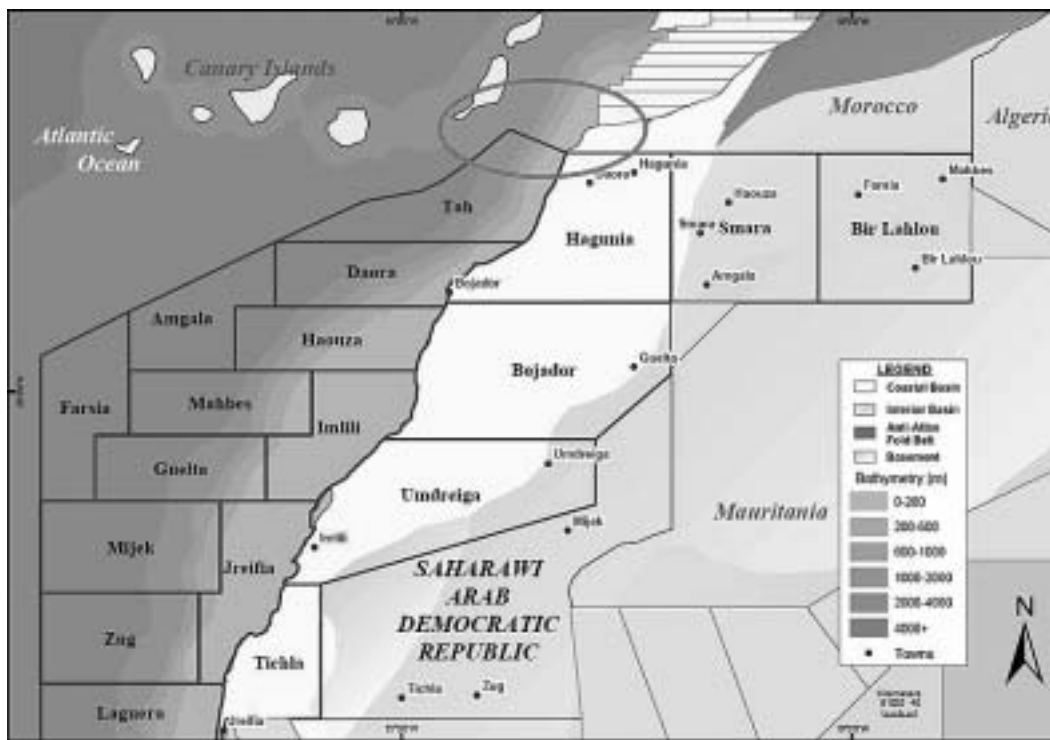
Im April 2001 – also zum zehnjährigen Jubiläum des Westsahara-Mandats – schien Marokko seinem Ziel greifbar nah: Der Sondergesandte des Generalsekretärs, der ehemalige Außenminister unter US-Präsident Reagan und Finanzminister unter Bush sen., hatte in seinem »Vermittlungsvorschlag« den Dekolonisierungsauftrag der Vereinten Nationen geradezu auf den Kopf gestellt und die Eingliederung der Westsahara ins Königreich Marokko vorgeschlagen. Ein Referendum sollte danach nicht mehr am Anfang eines Dekolonisierungsprozesses stehen, sondern am Ende einer fünfjährigen Übergangszeit unter einer autonomen Verwaltung. Grundlage sollte nun nicht mehr das Völkerrecht sein, wie es in der Charta der Vereinten Nationen sowie allgemeinen und speziellen UNO-Dokumenten zur Westsahara festgeschrieben ist, sondern ein »Rahmenabkommen« (Baker Plan 1). Zum Entsetzen der Betroffenen und aller Menschen dieser Welt, die für Konfliktlösungen auf (völker)rechtlicher Grundlage eintreten, unterbreitete der Generalsekretär in seinem Bericht vom 20. Juni 2001 tatsächlich diesen Vorschlag dem Sicherheitsrat – und kurz darauf wurde seine Amtszeit um fünf weitere Jahre verlängert.

Die Diplomaten der Frente Polisario, die in dieser Frage noch die volle Unterstützung Algeriens und natürlich einer internationalen Zivilgesellschaft hatten, konnten kleinere Mitgliedsstaaten im Rat davon überzeugen, dass dieser Vorschlag keine Grundlage für einen dauerhaften Frieden in der Region darstellen würde: Gegen drei ständige Ratsmitglieder, die die Akte Westsahara lieber heute als morgen schließen wollten, wurde dieser Vorschlag zurückgewiesen und das Recht auf Selbstbestimmung des sahrauischen Volkes ausdrücklich betont.

Aber nun war die Büchse der Pandora geöffnet: Zwei Jahre später legte derselbe Sondergesandte einen präzisierten Plan (Baker Plan 2) vor, dem diesmal erstaunlicherweise die Frente Polisario, nicht aber das Königreich Marokko zustimmte. Dies hat zur Verwunderung innerhalb der internationalen Solidarität geführt, unterscheidet sich Baker – 2 von Baker – 1 doch lediglich in seiner Präzisierung und der Betonung der Bedeutung des Referendums, das allerdings – wie zuvor – nicht am Anfang, sondern am Ende einer Übergangszeit unter Beteiligung der marokkanischen Siedler stattfinden soll, aber internationale Garantien ebenso nicht vorsieht. – Wiederum sind die Sahrauis kein bisschen ihrem Selbstbestimmungsrecht näher gekommen.



Der Westsahara-Konflikt und »die neue Weltordnung«



Um die Absurditäten der Mission der Vereinten Nationen für die Durchführung eines Referendums in der Westsahara besser verstehen zu können, ist ein Blick auf die »neue Weltordnung«, wie sie die USA seit dem Zusammenbruch des Ostblocks verfolgen, hilfreich. Es ist sicher kein Zufall, dass ausgerechnet ein James Baker, Vertrauter der Bush-Familie mit besten Beziehungen zur US-amerikanischen Ölindustrie, zu diesem Zeitpunkt das Völkerrecht auf den Kopf stellt und den Charakter eines Kolonialkonfliktes im Namen der Vereinten Nationen schlicht ignoriert. Durch den Waffenstillstand war es Marokko möglich, in seiner Kolonie Fakten durch Besiedelung und Infrastruktur zu schaffen. Nun scheint der Zeitpunkt gekommen, den vielfach vermuteten, aber bisher nicht belegten Reichtümern an mineralischen Rohstoffen in der Kolonie nachzugehen. Von riesigen Ölfeldern offshore – vor allem vor der Kolonie – ist die Rede, und auch Vanadium, ein seltener Rohstoff der Zukunft, könnte sich in wirtschaftlich lohnenden Mengen unter dem Wüstensand finden lassen.

Kaum verkündet der Generalsekretär die Verschiebung des Referendums auf unbestimmte Zeit, ist im Bericht des »US Geological Survey of World Energy« definitiv von riesigen Öl- und Gasvorkommen im Küstenbereich der »Saharan Coast«, einem Gebiet, das von Guinea bis Süd-Marokko reicht, die Rede.

Schon 2001 – im Baker-1-Jahr – haben der US-Konzern Kerr-McGee und die französische Total S.A. Prospektionslizenzen von der marokkanischen Ölgesellschaft – auch für Gewässer der Saharakolonie – in der

Tasche. Mittlerweile setzt ein förmlicher Run auf mögliche Öl- und Gasfelder vor der nordwestafrikanischen Atlantikküste und am Eingang des Mittelmeers ein. Da müssen rechtliche Hindernisse, wie der noch immer ungeklärte völkerrechtliche Status der Westsahara schnell vom Tisch – notfalls auch gegen Geist und Buchstabe internationaler Rechtsnormen wie dem Völkerrecht oder der Seerechts-Konvention. Auch die Polisario bzw. ihre von mittlerweile nur noch von 53 Staaten anerkannte Demokratische Arabische Republik Sahara nimmt keinesfalls eine passive Rolle ein, sondern vergibt ihrerseits Prospektionslizenzen innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone der Westsahara. Wie die neuen Landkarten jetzt auszusehen haben, verdeutlicht die kartographische Aufteilung des Landes in Prospektions- oder gar Förderblöcke (s. Karte).

Weniger die Anzeichen weltweit erschöpfter Ölquellen bei wachsendem Bedarf als viel mehr die Erschließung anderer Ölquellen als die des Nahen Ostens und Konkurrenten möglichst zuvor zu kommen, veranlassen die USA Ölsuche und Ölförderung in Afrika zu forcieren. Die Terrorangriffe in den USA haben die entsprechenden Bemühungen verstärkt. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak dominiert dieser Konflikt den Sicherheitsrat und andere wie etwa der Westsaharakonflikt rutschen mal wieder ganz weit nach hinten auf der Tagesordnung. So wird der modifizierte Baker-Plan 2 vom Weltsicherheitsrat einstimmig angenommen. Algerien, wichtigster Verbündeter und Asylgeber der Polisario, ist mittlerweile enge wirtschaft-

liche Beziehungen im Öl- und Gassektor mit den USA und der EU eingegangen und zwingt die Polisario zur Zustimmung. Zwar können sich eine Zeitlang sowohl Algerien als auch die Polisario darüber freuen, dass Marokko, das nun seine Zustimmung verweigert, international isoliert sei – faktische Konsequenzen aber hat das nicht, und die Sahrauis sind wiederum keinen Millimeter ihrem Selbstbestimmungsrecht näher gekommen.

Auch verändert »der Krieg gegen den Terror« politische und vor allem militärische Allianzen. Die USA veranstalten regelmäßig geheime Konsultationen mit militärischem Spitzenpersonal aus sämtlichen Maghreb- sowie den Sahelstaaten vom Tschad bis Senegal, zumeist in ihrem Hauptquartier in Stuttgart. Längst sind in Algerien US-amerikanische Kampfgruppen stationiert, die auch gemeinsame Militäraktionen mit algerischen Einheiten durchführen. An der marokkanischen Atlantikküste erhalten die USA einen Marinestützpunkt – noch nie war die US-amerikanische Militärpräsenz in der Region so gewaltig wie heute.

Wie sich die USA die neue Weltordnung vorstellen, wird auch in wirtschaftlicher Hinsicht deutlich: Die bevölkerungsstarken Maghreb- und Nahoststaaten stellen einen riesigen Markt dar, den es gegen die EU zu erschließen gilt. Beide Wirtschaftskonkurrenten sind an einem möglichst ungehinderten Warenaustausch innerhalb dieser Großregion interessiert. Bereits der Palästina-Konflikt stellt ein erhebliches Hindernis dar, der zerstrittene und gegenseitig abgeschottete Maghreb ebenso. Fast alle Versuche einer Maghreb-Union sind bisher vor-

allem an den gegensätzlichen Positionen von Algerien und Marokko zum Westsahara-Konflikt gescheitert.

Dennoch ist Eile geboten: In scharfer Konkurrenz um die maghrebischen und nahöstlichen Märkte gegenüber der EU haben die USA kürzlich ein Freihandelsabkommen mit dem Königreich Marokko – das dritte nach Israel und Jordanien in der Region – geschlossen. Hier hätten die USA allerdings ein Zeichen setzen können: Wenn es ihnen wirklich um die Demokratisierung in der Region gegangen wäre, hätten sie es nicht akzeptieren dürfen, dass dem marokkanischen Parlament die Zustimmung zu diesem Vertragswerk abverlangt wurde, ohne es über dessen Inhalt in Kenntnis zu setzen.

Dass die Sahrauis dennoch vor allem auf die USA und selbst republikanische Präsidenten, Ex-Minister und Senatoren setzen, begründet sich darin, dass sie von Europa überhaupt nichts zu erwarten haben. Die EU überlässt weiterhin fast kritiklos die Gestaltung ihrer Maghrebpolitik den alten Kolonialmächten, Frankreich und Spanien, die zur völkerrechtlich einwandfreien Dekolonisation (Algerienkrieg, Westsahara) nicht in der Lage waren und noch immer dort besondere wirtschaftliche Interessen verfolgen. Ansonsten verklären Migrantenabwehr und »der Kampf gegen den Terror« die europäische Wahrnehmung des Maghrebs.

Dabei werden die Sahrauis aber wohl in Kauf nehmen müssen, dass eine Lösung ihres Problems mit den USA nur außerhalb des bestehenden UN-Systems möglich sein würde. Wie dies aber auszusehen habe, ist völlig ungewiss, zumal die USA noch nicht einmal Mittel eingesetzt haben, Marokko zur Mitwirkung bei der Umsetzung des Baker-Plan 2 zu bewegen.



Marokko und die Westsahara

Während des Weltwirtschaftsforums 2003 in Jordanien lobte der US – Außenhandels-Vertreter Robert Zoellick Marokko als ein Beispiel für einen erfolgreichen Beginn des ökonomischen Wandels. Das war zu Beginn der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und Marokko. Im aktuellen Human Development Index der Vereinten Nationen nimmt Marokko den Platz 124, einen vor Namibia, von 177 Plätzen ein und bleibt damit – abgesehen vom bitterarmen Mauretanien – weit hinter den anderen Maghrebstaaten zurück. Dieser Index wird jährlich vom UN Development Programme erstellt und bezieht sich auf die Lebenserwartung, den Zugang zu Bildung und Realeinkommen. Im aktuellen Korruptions-Wahrnehmungs-Index von Transparency international teilt sich Marokko mit China, Senegal, Sri Lanka und Surinam den 78. Platz von 159 Plätzen – in der Region ist das der 2. Platz hinter Tunesien, aber vor Algerien und deutlich vor Libyen.

Noch unter Hassan II wurden die »bleiern Jahre« – die Zeiten des »Verschwindenlassens« tausender Oppositioneller, Willkür und Folter – zwar gelockert und zaghaft eine Aufarbeitung begonnen. Das Parlament erfuhr eine leichte Öffnung, aber der Makhzen, der königliche Machtapparat, behielt weiterhin alle wesentlichen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse bei. Mit dem Tod von Hassan II und der Thronfolge durch seinen Sohn Mohamed VI wurden allgemein weitere Reformen und eine weitere Öffnung hin zu einer konstitutionellen Monarchie erwartet.

Das größte Verdienst des Reformeifers des jungen Monarchen dürfte die erhebliche Verbesserung der rechtlichen Stellung der verheirateten marokkanischen Frau sein. Für die Menschen der Westsahara war aber neben dem Thronwechseljahr 1999 ein anderes Ereignis von allergrößter Bedeutung: Die Durchführung des Referendums in Ost-Timor – glichen sich doch die Besatzungsschicksale wie eineiige Zwillinge. Die Kolonialmacht Indonesien war wirtschaftlich schwer angeschlagen. Infolge der Wirtschaftskrise wurde der alteingesessene Diktator gestürzt. – In Marokko war der alteingesessene Diktator gestorben, die Wirtschaft des Landes ist schwach: Die Landwirtschaft, in der 40 % der arbeitenden Bevölkerung beschäftigt sind, ist äußerst Dürre empfindlich, aber das bereits geschlossene Freihandelsabkommen mit den USA dürfte der marokkanischen Landwirtschaft erheblich mehr zusetzen. Die Fischerei leidet bereits unter Überfischung, die Industrie unter hohen Energiekosten, der Tourismus unter terroristischen Anschlägen, die Phosphatexporte sind Weltmarktpreis abhängig, und die Überweisungen der ArbeitsemigrantInnen erreichen nicht die erhofften Umfänge.

Arbeitslosigkeit und Armut breiten sich aus: Mittlerweile sind etwa 10 % der städtischen Bevölkerung Marokkos in ghettotaartige Vorstädte abgedrängt, wo sie nicht nur von der öffentlichen Vorsorge wie Wasser, Energie, Bildung und Gesundheit abgeschnitten, sondern mittlerweile völlig von der Gesellschaft abgekoppelt sind. Hier bilden sich kriminelle, gewalttätige Strukturen heraus, die den Weg für radikal-islamistischen Terror bereiten. Dabei leistet sich das Regime noch immer die Besetzung des südlichen Nachbarlandes, was zwischen ein bis zwei Millionen US-\$ täglich verschlingt.

1999 waren es zuerst Sahrauis in der besetzten Westsahara, die öffentlich aufbegehren. Zunächst waren die Forderungen wirtschaftlicher Art: für gerechte Entlohnung und gegen Diskriminierung bei der Arbeit in der sahrauischen Phosphatmine BuCraa. Dem folgten zumeist Jugendliche in den Städten der besetzten Westsahara und Studenten in den marokkanischen Universitätsstädten. Seitdem vergeht in Marokko und der Westsahara kein Tag mehr, an dem nicht irgendwo die Menschen aufbegehren. Dies hat sicher mit dazu beigetragen, dass der Reformeifer des jungen Monarchen bald deutlich nachgelassen hat, und dass er meint, in der Westsahara-Frage Stärke zeigen zu müssen.

Aber trotz zunehmender Repression ist das Aufbegehren der Menschen nicht mehr unter Kontrolle zu bekommen: Seit Mai gehen die Menschen unentwegt auf die Straße, Menschen in Marokko fordern Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen. Ein neuer blutiger Höhepunkt wurde anlässlich des 30. Jahrestages des »Grünen Marsches«, erreicht (s. auch »Chronologie...«, S. IV).

Marokko ist wirtschaftlich zu schwach, als dass es die Besatzungskosten noch länger alleine tragen könnte – und politisch instabiler denn je. Ohne ständige Hilfen – militärischer, wirtschaftlicher und politischer Art von Außen – vor allem durch Frankreich und die USA – wäre das Regime längst am Ende. In Marokko selber hat diese Politik zu Stärkung islamistisch – terroristischer Gruppen geführt und die Bildung einer demokratischen Zivilgesellschaft behindert.

Für die Zukunft der Westsahara wird alles davon abhängen, ob es den sahrauischen Diplomaten gelingt, vor allem die USA davon zu überzeugen, dass ein unabhängiger sahrauischer Staat nicht weniger, sondern mehr Stabilität bedeuten würde.

Chronologie einer gescheiterten Dekolonialisierung:

1888: Auf der Berliner »Kongo-Konferenz« wird die Westsahara Spanien als Kolonie zugeschanzt.
Seit 1965 verlangt die UNO die Entkolonialisierung der Westsahara.
Im Mai 1975 besucht eine technische Kommission der UNO die Westsahara. Sie erkennt den Wunsch der Bevölkerung nach Unabhängigkeit. Die 1973 gegründete FRENTE POLISARIO wird als legitime Vertretung des sahrauischen Volkes anerkannt.
Am 16. Oktober 1975 weist der Internationale Gerichtshof sämtliche Gebietsansprüche seitens Marokkos und Mauretaniens als unbegründet zurück. Unberührt davon leitet Marokko die Besetzung ein.
Bereits seit 31. Oktober 1975 dringen marokkanische Panzertruppen in die Westsahara vor; ein großer Teil der Bevölkerung versucht, sich durch Flucht zu entziehen. Auf algerischem Territorium werden sahrauische Flüchtlingslager errichtet.
Am 14. November 1975 handelt Spanien im Geheimen die Teilung der Westsahara zwischen Marokko und Mauretanien aus. Die POLISARIO wehrt sich gegen die Invasionstruppen und beginnt einen Guerillakrieg. Die POLISARIO proklamiert **am 27. Februar 1976** in Bir Lehlú die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS).
Mauretanien zieht sich 1979 zurück und gibt seine Gebietsansprüche auf. Marokko besetzt daraufhin die gesamte Westsahara.
1981 kontrolliert die FRENTE POLISARIO nahezu das gesamte Land. Nur massive US-amerikanische und französische Rüstungshilfe sowie der Beginn des Mauerbaus bewahren Hassan II vor dem Rückzug.

1983/85 unterbreiten OAU und UNO einen Friedensplan, dem sich Marokko verweigert.
Am 29. April 1991 billigt der Weltsicherheitsrat mit seiner Resolution (R/690/1991) den Friedensplan des UN-Generalsekretärs, der ein Referendum vorsieht. Seitdem missachtet Marokko sämtliche Sicherheitsratsbeschlüsse zur Westsahara. Damit ist Marokko nach Israel das zweite Land, dem daraus keinerlei Konsequenzen erwachsen. Dennoch kommt **am 1. September 1991** ein beidseitiger, von den Vereinten Nationen überwachter Waffenstillstand zustande. Während der Amtszeit des UN-Generalsekretärs **Boutros Boutros Ghali (1992-1997)** kommt der Friedensprozess völlig zum Erliegen. Der jetzige UN-Generalsekretär Kofi Annan (seit 1997) **ernennt 1997 James Baker**, den ehemaligen amerikanischen Außen- und Finanzminister, zu seinem »Persönlichen Gesandten für die Westsahara«. In der »**Übereinkunft von Houston**« stimmen sowohl Marokko als auch die POLISARIO einer Friedenslösung zu, die sich im Wesentlichen an den Beschlüssen von 1991 orientiert.
Am 13. November 1997 legt Kofi Annan in seinem Bericht an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einen konkreten Zeitplan vor und nennt **den 7. Dezember 1998 als Datum für die Durchführung des Referendums**. Wieder gelingt es **Marokko, diesen Zeitplan zu blockieren**, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden.
Anfang 2000 verkündet der Generalsekretär die Verschiebung des Referendums auf unbestimmte Zeit. Im Bericht des »**US Geolo-**

gical Survey of World Energy« ist definitiv von riesigen Öl- und Gasvorkommen im Küstenbereich der »Saharan Coast«, einem Gebiet, das von Guinea bis Süd-Marokko reicht, die Rede.
Anfang 2001 unterzeichnen das US-Unternehmen Kerr-McGee sowie die französische Total S.A. mit der marokkanischen Kolonialmacht Explorationsverträge für die Küstengewässer der Westsahara.
Im April 2001 legt **James Baker** seinen Bericht vor (BAKER-Plan I), der die Integration der Westsahara in das Königreich Marokko als »autonome« Provinz vorsieht. **Der Sicherheitsrat besteht weiterhin auf der Option eines Referendums**. Dennoch schlägt Kofi Annan **Anfang 2002** vier Optionen vor: 1. Autonomielösung: BAKER-Plan I; 2. Referendum, dem er aber kaum Realisierungschancen einräumt; 3. Teilung des Landes: der südliche Teil, der 1975 Mauretanien zugeschanzt werden sollte, soll nun den Sahrauis angeboten werden; 4. Rückzug der UNO, d.h. Kapitulation der Vereinten Nationen vor dem Aggressor Marokko.
Ende Juli 2003 stimmt der Sicherheitsrat, dem seit dem 1. Januar auch Deutschland angehört, einstimmig einer erweiterten Autonomielösung zu, die auf einem modifizierten Vorschlag von **James Baker** basiert. Während die Frente Polisario – unter massivem Druck seitens Algeriens – diesem BAKER-Plan II zustimmt, lehnt ihn Marokko bis heute ab. Ergebnislos wird das MINURSO-Mandat mehrfach verlängert: **Im Sommer 2004** tritt **James Baker** zurück – nicht als »letzter der Mohikaner«, aber als **letzter US-Amerikaner im**

Dienste der MINURSO. Als Nachfolger ernannt Kofi Annan als UN-Bevollmächtigter für die Westsahara, den Peruaner **de Soto**.
Im Oktober 2004 verlängert der Sicherheitsrat das MINURSO-Mandat ergebnislos um sechs weitere Monate, also bis zum **30. April 2005**.
Ende November 2004 gibt die französische Total S.A. ihre Suche nach Gas und Öl in den Küstengewässern der Westsahara auf, aber der **US-Konzern Kerr-McGee verlängert seinen Vertrag** zunächst bis zum 31. Oktober 2005 und dann wieder bis Ende April 2006 – **fein synchronisiert mit dem UN-Mandat für die Westsahara!**
Seit Mai 2005 kommt es zu massiven Demonstrationen und öffentlichen Kundgebungen gegen die marokkanische Besetzung in der Westsahara; die Proteste greifen auf das Königreich über.

In allen Fällen reagiert das marokkanische Regime mit unverhältnismäßiger Härte und Brutalität.
Im Mai 2005 hat der Generalsekretär für seinen neuen Sondergesandten für die Westsahara, **de Soto, plötzlich einen anderen Job**: Er wird Spezieller Koordinator für den Friedensprozess im Nahen Osten. Sein Sahara-Job bleibt vakant. Erst **Ende Juli 2005** gibt es einen Nachfolger, den **niederländischen Diplomaten Peter van Walsum**, aber im **September 2005** gibt es **wieder einen Vertreter des Generalsekretärs und Chef der MINURSO, den italienischen Diplomaten Francesco Bassaglia**.
Im August 2005 entlässt die Frente Polisario die **400 letzten marokkanischen Kriegsgefangenen**. Unter König Hassan wurde deren Existenz zunächst schlichtweg geleugnet und Freigelassenen

die Heimreise verweigert. Erst gegen Ende der 90-er Jahre versucht das marokkanische Regime das Schicksal der Kriegsgefangenen für Propagandazwecke einzusetzen. Im UN-Friedensplan war die wechselseitige Freilassung aller Kriegsgefangenen vereinbart worden. Da aber Marokko dieses Abkommen immer wieder gebrochen hatte, kam dieser Austausch nicht zu Stande.
Ende Oktober 2005 verlängert der Sicherheitsrat ergebnislos das MINURSO-Mandat um weitere 6 Monate. Während der Demonstrationen aus Anlass des 30. Jahrestages des »Grünen Marsches« kommt der junge sahrauische Mann **LEM-BARKI HAMDIA SALEK MAHAYUB** am **30. Oktober 2005** unter bisher ungeklärten Umständen in El-Aaiun ums Leben. Demonstrationen finden auch in Madrid statt.



ANZEIGE

Wie ein Baum im Sahel...

Kleines Abo (2 Hefte in Folge):
 10,- EURO
 Konto: ifak/kritische ökologie,
 Konto-Nr. 505 607 47,
 BLZ 260 500 01,
 Sparkasse Göttingen



ifak/kritische ökologie
 Düstere Straße 16-17
 37073 Göttingen
 ph. 05 51-48 71 41/fax: -43
 Email: ifak@comlink.org

Impressum:

Kritische Ökologie Nr. 64 (Spezialausgabe) 2005
 ISBN 3-925 862; ISSN 0945-106X

Westsahara-Zeitung
 c/o Kritische Ökologie/ifak e.V.
 Redaktionsbüro: Malteserstr. 99k, D-12249 Berlin;
 ph. 030-76 70 34 98; Email: redaktion@kritische-oekologie.de
 Internet: www.ifak-goettingen.de

V.i.S.d.P.: Axel Goldau, Malteserstr. 99k, D-12249 Berlin

Text und Fotos: Axel Goldau
 Layout und Gestaltung: K. Gregusch

Hinweis: Diese Westsahara-Zeitung ist Teil unseres Informationsdienstes »Stärke des Rechts«, eine Initiative der Kritischen Ökologie/ifak e.V., die anlässlich der Mitgliedschaft der BRD im Weltsicherheitsrat 2003 mit dem Ziel gestartet wurde, den letzten Kolonialkonflikt auf afrikanischem Boden zu beenden und durch eine Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung im Maghreb zu ersetzen. Wir sind international innerhalb von »Western Sahara Resource Watch« vernetzt und innerhalb Deutschlands hierfür Ansprechpartner.
Durch Ihre Spende helfen Sie uns, die Initiative weiterzuführen und maßgeblich zu verbessern. Ihre Spenden können Sie auf Grund des Bescheids vom 10.05.05 durch das Finanzamt Göttingen (Steuernummer 20/206/08582) von der Steuer absetzen.

Konto: ifak/Kritische Ökologie, Konto-Nr. 505 607 47;
 BLZ 260 500 01, Sparkasse Göttingen

Wir danken der GFSV e.V., dem Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit Bremen sowie der Stiftung Umverteilen! für ihre Unterstützung.